



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Paul Knoblach, Mia Goller, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Christian Hierneis, Ursula Sowa, Martin Stümpfig, Laura Weber** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Landwirtschaft in Trockenlagen – alle Forschungsarbeiten weiterführen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, laufende Projekte, die sich mit Fragestellungen der trockenheitsangepassten Landwirtschaft beschäftigen, weiterzuführen und insbesondere das Projekt „Aufbau eines Forschungszentrums für Landwirtschaft in Trockenlagen in Nordbayern“ am Standort Schwarzenau im Landkreis Kitzingen zu verlängern.

Begründung:

Die Herausforderungen des Klimawandels sind für die bayerische Landwirtschaft riesengroß. Besonders im Raum Unterfranken leiden die landwirtschaftlichen und gartenbaulichen Kulturen von Jahr zu Jahr immer stärker unter Trockenheit und Hitze, was den Fortbestand der landwirtschaftlichen und gartenbaulichen Betriebe, den Weinbau sowie die regionale Lebensmittelversorgung infrage stellt.

Daraus erwächst eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, welche Forschung und Praxis nur gemeinsam lösen können.

Forschungsprojekte der Landesanstalt für Weinbau und Gartenbau (LWG), der Landesanstalt für Landwirtschaft (LfL) und der Hochschule Weihenstephan Triesdorf (HWST) beschäftigen sich u. a. mit Körnerhirse als neuer Kultur in Fruchtfolgesystemen für Trockengebiete (LfL/IPZ, 01.2022 - 12.2024), mit Etablierungsstrategien multifunktionaler Agroforstsysteme in trockenen Lagen (LWF/LfL, 05.2022 - 04.2025), mit neuen Kulturarten für die bayerische Landwirtschaft (Projekt FutureCrops - LfL, 11/2022 - 31.12.2025) oder mit Ackerbaustrategien in bayerischen Trockenlagen (HSWT, 01/2023 - 12/2025). Das Innovations- und Forschungsprojekt „Aufbau eines Forschungszentrums für Landwirtschaft in Trockenlagen in Nordbayern“ läuft Ende 2024 aus (LfL, 01.11.2021 - 31.12.2024). Ein Verlängerungsantrag ist nach Aussage der Staatsregierung geplant, allerdings ist unklar, zu welchem Zeitpunkt über die Verlängerung entschieden wird.